

Werbung: Klicken Sie hier, um mehr über den [jurmatix Wiedervorlagedienst](#) zu erfahren, der Ihre E-Mail-Erinnerungen automatisiert und Ihre Produktivität nahtlos steigert.

### Der Gemeindehaushalt (Gemeindehaushalt) 3/2025

Fachzeitschrift für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht, das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie das gesamte kommunale Abgabenrecht  
Kohlhammer, Stuttgart

Autor/Gericht	Titel	Seite
Henneke, Hans-Günter	Steht den Kommunen in Sachsen-Anhalt wirklich kein Anspruch auf finanzielle Mindestausstattung zu?	49 - 55
Kämmerling, Guido	Die Tätigkeit der Rechnungsprüfung bei Unregelmäßigkeiten oder Korruptionsverdacht in der öffentlichen Verwaltung. Teil 1: Prüfansätze zur Aufdeckung und Transparenz in der kommunalen Revision	56 - 62
Jürgens, Andreas	Energiewene und Nachhaltigkeit - Auswirkungen auf die Bilanzierungspraxis in öffentlichen Verwaltungen und deren Unternehmen	62 - 64
Vöcking, Matthias	Grenzen des Strukturschwächeansatzes vor dem Hintergrund von Verfassung und Finanzausgleichsgesetz	65 - 67
BVerwG	BVerwG, U. v. 22.02.2024 - 5 C 7.22 - (Die Zuschussregelung des § 20 Abs. 1 S. 2 KiBiz NRW in der Fassung vom 08.07.2016, nach der kirchliche Träger für die von ihnen betriebenen Kindertagesstätte im Vergleich zu anderen anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe einen um drei Prozentpunkte niedrigeren Zuschuss von (nur) 88 Prozent der Kindpauschalen nach § 9 KiBiz NRW erhalten, ist mit höherrangigem Recht vereinbar und verstößt insbesondere nicht gegen die Gleichheitssätze des Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG und des Art. 3 Abs. 1 GG (iVm § 4 Abs. 2 SGB VIII) (LS)	67
BVerwG	BVerwG, U. v. 29.02.2024 - 9 CN 1.23 - (Die Erhebung einer kommunalen Wettbürosteuer ist unzulässig, weil sie gegen das Gleichartigkeitsverbot nach Art. 105 Abs. 2a GG verstößt) (LS)	67 - 68
OLG Rostock	OLG Rostock, U. v. 07.02.2024 - 13 U 1/21 Baul - (Die Ausübung eines Vorkaufsrechts für Flächen, für die ein Bebauungsplan eine Nutzung als öffentliche Straße festsetzt, ist nicht durch das Wohl der Allgemeinheit gerechtfertigt, wenn durch einen Aufstellungsbeschluss für eine Planänderung mit dem Ziel der Neuordnung der Erschließungsstraßen im Plangebiet im konkreten Fall die Trassenführung der betroffenen Straße insgesamt in Frage gestellt und deren zukünftiger Verlauf nicht absehbar ist. Ist die Verwendung der Flächen zu dem angegebenen Zweck zum maßgeblicher Zeitpunkt nicht hinreichend konkret vorgesehen und werden diese nur "vielleicht" benötigt, so reicht dies für eine Rechtfertigung durch das Wohl der Allgemeinheit nicht aus) (LS)	67
BayVGH	BayVGH, B. v. 15.02.2024 - 4 CE 23.2267 - (Die Generalklausel des Art. 4 Abs. 1 BayDSG ist keine hinreichende Rechtsgrundlage für eine ohne Einwilligung des Grundstückseigentümers durchgeführte Drohnenbefliegung eines Wohngrundstücks zur Herstellung und Weiterverarbeitung von Lichtbilddaten im Auftrag einer Gemeinde (hier zur Geschossflächenermittlung)) (LS)	68
BayVGH	BayVGH, U. v. 23.02.2024 - 20 B 20.2769 - (Grundstücke im Außenbereich können grundsätzlich nur insoweit zu einem Herstellungsbeitrag herangezogen werden, als sie tatsächlich mit Bauwerken bebaut sind..) (LS)	68

Autor/Gericht	Titel	Seite
BayVGH	BayVGH, B. v. 04.03.2024 - 6 ZB 23.1745 - (Mängel der verwaltungsgerichtlichen Überzeugungsbildung (hier: im Zusammenhang mit einem Augenscheinstermin) werden nicht dadurch aufgezeigt, dass man dem Eindruck, den das Verwaltungsgericht beim Augenscheinstermin gewonnen hat, lediglich den eigenen Eindruck entgegensetzt) (LS)	68
BayVGH	BayVGH, B. v. 04.03.2024 - 20 B 21.645 - (Die in Rechtsform eines kommunalen Eigenbetriebs organisierten Stadtwerke sind weder als Behörde der Gemeinde iSd Art. 1 Abs. 2 BayVwVfG anzusehen noch steht ihnen kraft Gesetz oder besonderer Übertragung eines Befugnis zum Erlass von Beitragsbescheiden zu) (LS)	68
OVG Niedersachsen	OVG Niedersachsen, U. v. 19.03.2024 - 15 KF 5/21 - (§ 37 Abs. 1 S. 4 iVm § 1 FlurbG ermächtigt zur Begründung eines Überwegungsrechts durch eine in das Grundbuch einzutragene Grunddienstbarkeit, wenn dies Abfindungszwecken dient) (LS)	68 - 69
OVG Hamburg	OVG Hamburg, U. v. 21.03.2024 - 2 Bf 61/23 - (Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung, ob ein Vorkaufsrecht auf der Grundlage einer Vorkaufsrechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BauGB wirksam begründet worden ist, ist gem. § 234 Abs. 1 BauGB der Zeitpunkt des notariellen Kaufvertragsbeschlusses) (LS)	69
OVG Mecklenburg-Vorpommern	OVG Mecklenburg-Vorpommern, B. v. 20.03.2024 - 3 LZ 663/20 OVG - (Der Beitragsgläubiger ist in entsprechender Anwendung des § 7 Abs. 4 S. 3 KAG MV verpflichtet, den aufgrund einer unwirksamen Ablösevereinbarung vereinnahmten Ablösebetrag auf das Leitungsgebote anzurechnen) (LS)	69
VG Bayreuth	VG Bayreuth, U. v. 14.03.2024 - B 4 K 22.139 - (Ob ein Grundstück durch eine weitere Anbaustraße erschlossen wird, bestimmt sich nach dem gleichen Maßstab, der für die Ersterschließung gibt...) (LS)	69 - 70
VG Cottbus	VG Cottbus, U. v. 26.02.2024 - VG 6 K 519/22 - (Allein aus der Rechtswidrigkeit des bestandskräftigen Beitragsbescheides und damit die Eröffnung des Tatbestandes des § 130 Abs. 1 AO folgt noch nicht ein Anspruch auf Rücknahme des Bescheids) (LS)	69
VG Augsburg	VG Augsburg, U. v. 14.03.2024 - Au 2 K 23.49 - (Zur Bestimmtheit einer Regelung in einer Erschließungsbeitragssatzung) (LS)	70
VG Augsburg	VG Augsburg, U. v. 04.07.2024 - Au 5 K 23.825 - (Vor dem Hintergrund der typischen Betroffenheit sensibler Daten der Kaufvertragsparteien oder Dritten wird es in der Bayerischen Verwaltungsrechtsprechung als grundsätzlich vertretbar und daher im Rahmen des Beurteilungsspielraums einer Gemeinde angesehen, die Behandlung von Grundstücksvorkaufsrechten in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln) (LS)	70 - 71
VG Bremen	VG Bremen, U. v. 15.03.2024 - 2 K 84/22 - (Zur Ermittlung des straßenausbaubeitragsfähigen Aufwands für die Verbesserung eines Mischwasserkanals, der sowohl der Straßenentwässerung als auch der Ableitung des Schmutz- und Niederschlagswassers von Grundstücken dient) (LS)	70
VG Würzburg	VG Würzburg, B. v. 02.07.2024 - W 3 S 24.1126 - (Wenn nach dem maßgeblichen objektiven Empfängerhorizont völlig unzweifelhaft ist, dass über die in einem Bescheid getroffene Regelung hinaus auch deren sofortige Vollziehung gewollt ist und verfügt sein soll, ist es rechtlich unschädlich, dass diese Anordnung der sofortigen Vollziehung ihrem bloßen Wortlauf nach nicht der Formulierung in § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO entspricht) (LS)	70
--	Rezension: Gunnar Schwarting, Kommunalrecht für Nichtjuristen, 2. Aufl. Wiesbaden 2025. ISBN 978-3-8293-2010-8	71 - 72
FG Rheinland-Pfalz	FG Rheinland-Pfalz, U. v. 01.02.2024 - 4 K 2285/20 - (Überträgt der kirchliche Träger einer Kindertagesstätte ein Grundstück an eine Ortsgemeinde, damit diese anschließend das Gebäude der Kindertagesstätte baulich erweitert, geht damit noch kein Wechsel der Trägerschaft der Kindertagesstätte im Sinne des rheinland-pfälzischen Kita-Gesetzes einher) (LS)	71

Hinweis: Der ZID ist zum persönlichen Nutzen des Empfängers bestimmt. Eine kommerzielle oder automatisierte Verwertung der ZID-Daten durch den Empfänger oder durch Dritte ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Kuselit Verlag GmbH gestattet.

Der ZID wird von der [Kuselit Verlag GmbH](#) herausgegeben und technisch von [jurmatix Legal Intelligence UG](#) realisiert.

Bei Fragen und Anregungen können Sie sich an [support@kuselit.de](mailto:support@kuselit.de) wenden.